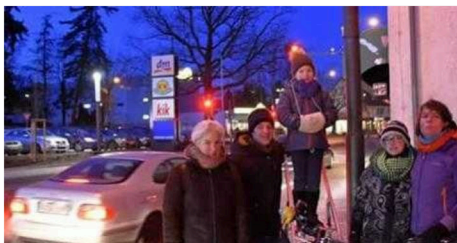


Wieviel Stickoxid ist in Alsfelds Luft?

http://www.oberhessische-zeitung.de/lokales/alsfeld/wieviel-stickoxid-ist-in-alsfelds-luft_18566059.htm

Von Günther Krämer am 5. März 2018



Mira Aretz (von links), Philipp Balles, Frieda Kraus sowie Marie und Miriam Kneußel nehmen in Alsfeld die Messröhrchen wieder ab. Foto: Krämer

ALSFELD - Der Zeitpunkt passt: Das Thema Stickoxide und Dieselfahrverbote ist brandaktuell. Vor vier Wochen hatten die Kreisverbände von BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) und VCD (Verkehrsclub Deutschland) Sammelröhrchen in der Alicestraße in Alsfeld befestigt. Sie sollten mit einer Permanentluftmessung im Rahmen einer Initiative der Deutschen Umwelthilfe auch in Alsfeld Klarheit über die Stickoxidbelastung vor Ort bringen. Bundesweit wurden vom 1. Februar bis 1. März an 500 Messorten in Deutschland Sammelröhrchen angebracht. Diese wurden nun abmontiert und an ein zentrales Auswertungslabor geschickt. In wenigen Wochen sollen die Ergebnisse der vierwöchigen Messungen in der Alicestraße und der Schellengasse dann vorliegen. "Wir sind sehr gespannt, was die Auswertung der 500 Messstellen in Deutschland ergibt - und wie die Luft in Alsfeld dabei abschneidet", sagte Philipp Balles vom BUND.

Aber eines steht schon jetzt fest: Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig zur Aufnahme von Fahrverboten in die Luftreinhaltepläne von Stuttgart und Düsseldorf, die Maßnahmen zur Kontrolle der Luft nachhaltig verdeutlicht. Sie ist für BUND und VCD ein gutes Zeichen: Jetzt müsse schleunigst gehandelt werden - auch im Vogelsberg.

"Das Urteil ist eine Ohrfeige für die Umwelt- und Verkehrspolitik der Bundesregierung und vieler Kommunen. Über lange Jahre waren die Gewinninteressen der Autohersteller das Maß der Dinge. Gesundheitsschutz und Lebensqualität sind dabei unter die Räder geraten." sagt Gerhard Kaminski vom VCD. Das Thema Luftreinhaltung und menschengerechte Verkehrspolitik gehe aber nicht nur die großen Städte an. Seit der Aufhebung des Tempolimits auf der A 5 belasteten Lärm, Staub und Abgase die Menschen wieder stärker. In Alsfeld wurde erst vor wenigen Jahren die zusammenhängende "verkehrsberuhigte Innenstadt" aufgegeben, und im vergangenen Jahr wurden weitere "Spielstraßen" in Tempo-20-Zonen umgewidmet. "Radwege wurden dabei ersatzlos gestrichen", erklärt Dr. Wolfgang Denhöfer vom Kreisverband Vogelsberg des BUND. ADFC, BUND und VCD waren indes nicht untätig und haben ein Konzept zur Verbesserungen von Radwegen erarbeitet und dem Magistrat übergeben. Man arbeite nun erfreulicherweise gemeinsam an der Umsetzung, erklärt Philipp Balles. Darin enthalten seien auch Planungen für die Wiederöffnung der Einbahnstraßen für den radfahrenden Gegenverkehr in der "Ernst-Arnold-Straße" und "In der Au".

Warnschuss Abgasskandal

"Die großen Städte, die Politik und die Manager der Auto-Hersteller hatten Zeit genug, um zu handeln", kritisiert Wolfgang Denhöfer. Die Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa stammt vom 11. Juni 2008. Ihr Ziel war es, die Luftverschmutzung so weit zu vermindern, dass von ihr keine inakzeptablen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt mehr ausgehen. Vor fast zweieinhalb Jahren sei dann der nächste "Warnschuss" mit dem Diesel-Abgasskandal gekommen.

Die Verbände mahnen "eine intelligente Verkehrspolitik, die auf Mensch und Natur schaut" an. Einigkeit herrscht darüber, dass blinder Aktionismus keine Ergebnisse bringe. "Was wir jetzt brauchen, ist eine saubere Lösung für die Belange der kleinen Leute", lautet der einhellige Tenor. Gerade für den ländlichen Raum, in dem die große Mehrheit der Menschen auf das Auto angewiesen sei, müsse eine gute Lösung erarbeitet werden. Diese müsse nicht nur das Auto im Blick haben - zum Beispiel durch den Umstieg auf Elektrofahrzeuge -, sondern vor allem die umweltfreundlichen Mobilitätslösungen wie Bus- und Bahnverbindungen und den Fahrrad- und Fußverkehr. Eine intelligente Verkehrslenkung für den Auto- und Lastwagenverkehr könne ebenfalls einen Beitrag zur Entlastung von Lärm und Abgasen leisten.

Für den Vogelsberg gehöre es nach Worten von Dr. Wolfgang Denhöfer auch dazu, dass Arbeitsplätze aus dem Ballungsraum Rhein-Main ins Umland verlagert würden. "Kosten der verfehlten Verkehrspolitik dürfen nicht alleine den Pendlern aufgedrückt werden", fordert Denhöfer.